N I E D E R S C H R I F T

Niederschrift Nr. 1

Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen

am 13.05.2009

Freiherr-vom-Stein-Saal II/III

Beginn 14:30 Uhr

Stimmberechtigte Mitglieder

Kreistagsmitglieder

Klaus-Dieter Brökling
Jens Hebebrand
Wolfgang Kerak
Theodor Rieke
Heinz Steffen
Walter Teumert
Wolfgang Barrenbrügge
Günter Bremerich
Jörg-Uwe Ebner
Hubert Zumbusch
Herbert Goldmann
Andrea Hosang
Michael Klostermann
Karin Goddinger
Hildegard Rüwald
Brunhilde Weinhold
Elsbeth Kiel
Peter Dörner
Rotraud Niemann
Leo Klempert

Von der Verwaltung	Gäste- und Zuhörer/innen
Herr Kreisdirektor Stratmann, Dez. I	Herr Erdmann, Geschäftsführer der SPD-Kreistagsfraktion
Herr Appel, L FD 10	Herr Wette, Geschäftsführer der FDP-Kreistagsfraktion
Frau Klute, L RPA	Herr Naujoks, Geschäftsführer der Gruppe DIE LINKE.
Herr Adam, FD 10	Ein Vertreter der lokalen Medien
Herr Baumeister, FD 10	
Herr Erdtmann, FD 10	
Frau Kronenberg, PK	
Herr Vertgewall, Schriftführer	

Herr Barrenbrügge begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Er stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Änderungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

T a g e s o r d n u n g

Öffentlicher Teil

Punkt 1

Entwurf einer Eröffnungsbilanz zum Stichtag 01.01.2009

- Bericht zum aktuellen Sachstand

Punkt 2

049/09

Haushaltssicherungskonzept für den Finanzplanungszeitraum 2010 bis 2012

Punkt 3

050/09

9. Änderungssatzung zur Allgemeinen Gebührensatzung mit Gebührentarif für den Kreis Unna

Punkt 4

033/09

Budgetbericht zum Stichtag 31.03.2009

Punkt 5

Modellprojekt „NKF Gesamtabschluss“

- Bericht zum Stand des Verfahrens

Punkt 6

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Nicht öffentlicher Teil

Punkt 7

029/09

Beteiligung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH an der newPark Planungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH

Punkt 8

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Öffentlicher Teil

Punkt 1

Entwurf einer Eröffnungsbilanz zum Stichtag 01.01.2009

- Bericht zum aktuellen Sachstand

Erörterung

Herr Kreisdirektor Stratmann weist einleitend darauf hin, dass man nun in der Lage sei, den Entwurf einer Eröffnungsbilanz zum Stichtag 01.01.2009 vorstellen zu können. Anhand einer Präsentation, diese ist der Niederschrift als **Anlage 1** beigefügt, stellt der Kämmerer noch einmal die Ausgangslage sowie die aktuelle Situation dar und geht konkret auf den eigentlichen Entwurf und die damit verbundene rechtliche Beurteilung ein.

Die Ausschussmitglieder nehmen den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 2

049/09

Haushaltssicherungskonzept für den Finanzplanungszeitraum 2010 bis 2012

Erörterung

Die Sitzungsvorlage 049/09 wird von Herrn Appel ausführlich vorgestellt. Darin, so der Fachdienstleiter, gehe man konkret auf produktbezogene Maßnahmen ein, die für den Finanzplanungszeitraum 2010 bis 2012 vorgesehen seien. Die Haushaltskonsolidierung solle dabei nicht durch eine Erhöhung der allgemeinen Kreisumlage, sondern durch Ertragsverbesserungen und Aufwandsminderungen erreicht werden. Mit den Kommunen sei das hier vorgeschlagene Verfahren bereits einvernehmlich abgesprochen worden. Die für die weiteren Darstellungen verwendete Präsentation ist der Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt.

Mit Blick auf die Haushaltsverabschiedung im Januar diesen Jahres ließe sich viel Nachdenkliches sagen, so die Anmerkung von Herrn Goldmann. Man müsse aber den Blick nach vorne richten. Danken wolle er

zunächst der Finanzverwaltung. Die Tatsache, dass eine Umlageerhöhung umgangen werden solle, treffe selbstverständlich auf Zustimmung. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN habe dennoch in einem Punkt noch Klärungs- und gfls. auch Änderungsbedarf. Für die Sitzung des Kreisausschusses und des Kreistages in der kommenden Woche habe man aktuell noch ein Antrag gestellt. Dabei gehe es nicht darum, sich der Zustimmung zum Haushaltssicherungskonzept zu verweigern; es soll lediglich sichergestellt werden, dass die Leistungsmerkmale und Standards der Kontaktstellen für Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen erhalten bleiben und sich für die Beteiligten keine Veränderungen ergeben. Hier sehe man noch die Notwendigkeit, Gespräche zu führen. Er sei aber guter Dinge, dass es zu einer einvernehmlichen Lösung und damit auch zu einer Beschlussfassung kommen werde.

Hierzu erklärt Herr Kreisdirektor Stratmann, dass ihm der Antrag bereits vorliege und er diesen für außerordentlich hilfreich halte, da darin noch einmal klargestellt werde, was eigentlich gewollt sei. Die gute Arbeit der Kontaktstellen solle erhalten bleiben. Es geht lediglich um die Verschiebung der Kostenlast weg vom Kreis und hin zum Landschaftsverband Westfalen-Lippe. Trotz einer eventuellen Steigerung der Landschaftsverbandsumlage erhoffe man sich einen positiven Effekt, der letztendlich auch zur Entlastung des Haushaltes diene.

Herr Klostermann erklärt für die FDP-Fraktion, dass man das Haushaltssicherungskonzept mittragen werde, da es die bessere Alternative zu einer Umlageerhöhung sei. Ein wenig verwundert sei man lediglich darüber, dass diese Einsparmöglichkeiten erst jetzt offeriert würden. Im Zusammenhang mit der Diskussion um die Hallennutzungsgebühr und den damit verbundenen Antrag der SPD-Fraktion stelle sich für ihn die Frage, wie hoch der Anteil der zu erwirtschaftenden Hallennutzungsgebühren im Gesamtansatz der Mehrerträge sei. Auch sei es interessant, zu wissen, welche Alternativen die SPD-Fraktion hierzu sehe.

Es handele sich zunächst um einen groben Rahmen, der hier gesetzt worden sei, so Herr Kreisdirektor Stratmann. Eine genaue Aussage zum Anteil der Nutzungsgebühren könne er an dieser Stelle nicht machen.

Herr Steffen weist darauf hin, dass man bei einer solchen Vorgehensweise aufpassen müsse, dass die Kommunen künftig nicht ähnlich verfahren und beispielsweise Gebühren für die Nutzung der im Umfeld der Berufsschulen liegenden Parkplätze verlangen würden. In Unna habe man sich nach einer hitzigen Debatte im Rat dafür ausgesprochen, keine Gebühren für die Hallennutzung zu erheben. Dort stehe man hinter den Sport treibenden Vereinen. Die Frage der FDP-Fraktion, wie man den eventuellen Betrag für die Hallennutzungsgebühren egalisieren wolle, sei aus seiner Sicht falsch gestellt. Natürlich gehe es auch hier um Geld. Doch wenn man die anderen Positionen betrachte, die ebenfalls mit großen Fragezeichen versehen seien, dann handele es sich hierbei um eine ganz andere Größenordnung. Die weiteren Maßnahmen des Haushaltssicherungskonzeptes sehe er als Vorbelastung für die Jahre 2010 bis 2012, die in die weiteren Planungen eingebaut werden müssten. Sollte sich herausstellen, dass eine der Maßnahme nicht umgesetzt werden könne oder die damit verbundenen Einsparpotenziale nicht errreicht würden, müsse man selbstverständlich für Ersatz sorgen. Grundsätzlich sehe die SPD-Fraktion das Vorhaben als vernünftig an und werde der Vorlage daher zustimmen.

Für die CDU-Fraktion erklärt Herr Bremerich, dass auch seine Fraktion der Vorlage zustimmen werde. Eine

weitere Erhöhung der Kreisumlage wäre nicht hinnehmbar. Ohne den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu kennen, sei es auch seiner Fraktion wichtig, festzuhalten, dass die Leistungen der vier Kontaktläden nicht beeinträchtigt werden dürfen. In dem Sinne sei die Kostenübernahme durch den Landschaftsverband durchaus eine Möglichkeit.

Beschluss

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen empfiehlt dem Kreisausschuss, dem Kreistag folgende Beschlussfassung vorzuschlagen:

Das Haushaltssicherungskonzept für den Finanzplanungszeitraum 2010 bis 2012 wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 3

050/09

9. Änderungssatzung zur Allgemeinen Gebührensatzung mit Gebührentarif für den Kreis Unna

Erörterung

Frau Niemann greift an dieser Stelle noch einmal das Thema „Hallennutzungsgebühren“ auf. Es gebe einige Kommunen im Kreis, die hierüber anders denken würden. Der Kreis Unna verfüge über keine eigenen Mittel. Wenn der Kreis auf die Erhebung von Nutzungsgebühren verzichte, werde dieses auf die Kommunen umgelegt. Mittlerweile tue jeder einzelne Euro weh. Aufgrund der finanziellen Not der Kommunen - und auf diese Basis müsse man die Diskussion wieder bringen - sehe sie es als notwendig an, die Vereine zu beteiligen. Dieses bedeute aber nicht auch, dass man sportunfreundlich sei.

Bereits in der Kreistagsdiskussion zu dem Thema sei es um Wahrheit, Klarheit aber auch Gleichberechtigung gegangen, so Herr Zumbusch. Insofern könne er die Worte von Frau Niemann nur unterstreichen. Die Stadt Selm beispielsweise müsse für die Kommunen mitzahlen, die über Kreissporthallen verfügten. Für die Stadt Unna stelle es einen sehr großen Vorteil dar, dass die wesentlichen Kreiseinrichtungen direkt vor Ort seien. Hiervon profitiere die Stadt ganz besonders. Insofern sehe er die von Herrn Steffen zu Tagesordnungspunkt 2 skizzierten Szenarien als sehr abwegig an. Aufgrund der geforderten und notwendigen Gerechtigkeit werde die CDU-Fraktion der Sitzungsvorlage zustimmen.

Alle Beteiligten seien vom Sport und der in den Vereinen geleisteten Arbeit sehr überzeugt, so die Anmerkung von Herrn Steffen. Trotzdem wolle man diese künftig mit einer Hallennutzungsgebühr belasten. Ein solches Vorgehen sei aus Sicht der SPD-Fraktion nicht nachvollziehbar. Da die Kommunen die Kosten weiterreichen würden, werde es nämlich darauf hinauslaufen.

Er hätte sich gefreut, so Herr Goldmann, wenn die Diskussion nicht in dieser Form geführt worden wäre.

Allen Beteiligten sei klar, dass man sich in einer ausgesprochen schwierigen Situation befinde. Egal welchen Beschluss man heute oder in der kommenden Woche zu diesem Punkt fasse, werde es wohl leider auch noch einmal zu einer medialen Auseinandersetzung kommen. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wolle sich heute nicht an einer Abstimmung über diesen Punkt beteiligen und die Angelegenheit noch einmal in der Fraktion beraten.

Herr Barrenbrügge erklärt im Einvernehmen mit dem Antragssteller, dass in der heutigen Sitzung nicht über den SPD-Antrag abgestimmt werde, da dieser auch noch nicht allen Beteiligten im Detail bekannt sei.

Nach intensiver Diskussion ergeht der nachstehende

Beschluss

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen empfiehlt dem Kreisausschuss, dem Kreistag folgende Beschlussfassung vorzuschlagen:

Der Kreistag beschließt die 9. Änderungssatzung zur Allgemeinen Gebührensatzung mit Gebührentarif für den Kreis Unna unter Berücksichtigung der im Gebührentarif vorgenommenen textlichen Änderungen und mit den in der Spalte „Gebühren neu“ ausgewiesenen Beträgen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 4

033/09

Budgetbericht zum Stichtag 31.03.2009

Erörterung

Herr Kreisdirektor Stratmann stellt kurz die Sitzungvorlage Nr. 033/09 vor. Das Jahr 2009 laufe für den Kreis Unna sowohl auf der Ertrags- als auch auf der Aufwandsseite bislang noch recht ordentlich, weshalb er für das Jahresergebnis auch recht optimistisch sei. Bedingt durch die nun langsam sichtbar werdenden Folgen der Wirtschaftskrise gehe er allerdings von einem deutlich schwierigeren Haushaltsjahr 2010 aus.

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen nimmt den Budgetbericht zum Stichtag 31.03.2009 zur Kenntnis.

Punkt 5

Modellprojekt „NKF Gesamtabschluss“

- Bericht zum Stand des Verfahrens

Erörterung

Herr Appel gibt einen sehr ausführlichen Sachstandsbericht zum Modellprojekt „NKF Gesamtabschluss“ und

weist auf diverse Besonderheiten und Verfahrensweisen hin. Die zur Unterstützung verwendete Präsentation ist dem Protokoll als **Anlage 3** beigefügt. Seinen Dank richte er an Thomas Baumeister und Markus Erdtmann, die hieran maßgeblich beteiligt seien. Die Details der erstellten Fallstudie wolle man den Fraktionen an einem separaten Termin näher erklären.

Aus seiner Sicht erscheine es sinnvoll, wenn der nächste Kreistag verstärkt mit dieser Sache befasst und entsprechend eingeführt werde, so die Anmerkung von Herrn Steffen. Sein Vorschlag gehe in die Richtung, so Herr Kreisdirektor Stratmann, das Thema im Frühjahr des kommenden Jahres noch einmal aufzubereiten, um die damit befassten Personen dann - vielleicht im Rahmen einer Klausur - zu schulen.

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 6

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen im öffentlichen Teil der Sitzung liegen nicht vor.

Im Anschluss wird die Nichtöffentlichkeit hergestellt.

Nicht öffentlicher Teil

Punkt 7

029/09

Beteiligung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH an der newPark Planungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH

Punkt 8

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Ende der Sitzung 15.50 Uhr

Anlage

1. Präsentation zum „Entwurf der Eröffnungsbilanz zum Stichtag 01.01.2009“

2. Präsentation zum Haushaltssicherungskonzept 2010-2012
3. Präsentation zum Modellprojekt „NKF Gesamtabschluss“

Barrenbrügge	Vertgewall
Vorsitzender	Schriftführer